



Venezuela: Westliche Medien forcieren Krieg (Kurzversion)



Schon wieder hetzen die Medien massiv gegen den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro. Horrormeldungen wie „Was für ein kranker Tyrann?“ und Bilder von brennenden Lastwagen an der Grenze zu Kolumbien werden von den westlichen Medien eins zu eins und ungeprüft übernommen. Kla.TV untersucht, was an den Grenzübergängen wirklich passiert ist.

Seit Wochen tobt ein Machtkampf zwischen dem rechtmäßig gewählten Staatspräsidenten Nicolás Maduro und Oppositionsführer Juan Guaidó. Dieser hatte sich am 23.1.2019 selbst zum Übergangspräsidenten erklärt und wird von US-Präsident Trump und weiteren westlichen Ländern anerkannt. Am Wochenende vom 23./24.2.2019 spitzte sich der Machtkampf zu: Einige Tausend Guaidó-Anhänger hatten sich bei mehreren Grenzbrücken zwischen Kolumbien und Venezuela eingefunden, um Lastwagen mit umstrittener „humanitärer Hilfe“ aus den USA nach Venezuela zu begleiten. Sicherheitskräfte des südamerikanischen Landes schlossen jedoch an den betroffenen Orten die Staatsgrenzen. Die venezolanische Regierung hat durchaus Gründe, genau diese „humanitäre Hilfe“ aus den USA zu fürchten. Denn Berichten zufolge sollen unter diesem Vorwand Waffen ins Land geschmuggelt werden. Für die unter den US- und EU-Sanktionen leidende venezolanische Bevölkerung traf in diesen Tagen aus Russland humanitäre Hilfe in Form von 300 Tonnen Medikamenten und medizinischem Gerät ein. Nun verbreitete Guaidó auf Twitter ein Video eines brennenden Lastwagens und verurteilte dessen Beschuss durch die Sicherheitskräfte des Staatsoberhauptes Nicolás Maduro. Solche und weitere gezielte „Horrormeldungen“ werden von westlichen Medien – oft mit Großbuchstaben im Titel – eins zu eins und ungeprüft übernommen. So titelte das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF): „Was für ein kranker Tyrann?“, und zitierte dabei US-Außenminister Mike Pompeo. Die Regierung Venezuelas hingegen stellte klar: Sie gebe unter keinen Umständen den Befehl, auf das eigene Volk zu schießen. Auch zeigen Videos von einer Brücke nach Kolumbien, wie vor dem Schleudern der Brandsätze und dem Brand der Lkws von kolumbianischer Seite aus Benzin angeliefert wurde, um Molotowcocktails vorzubereiten. Weiter zeigen Luftbilder, dass die brennenden Lastwagen, umringt von Demonstranten, noch auf der kolumbianischen Seite der Absperrungen stehen und die vordersten Sicherheitskräfte Venezuelas hingegen in einigem Abstand positioniert sind.

Angesichts dessen, dass Kriege und Regierungsumstürze fast ausschließlich auf Lügen gegründet sind, ist die einseitige Berichterstattung westlicher Medien zu Venezuela mit äußerster Vorsicht zu genießen. Einmal mehr erweisen sich diese als Kriegstreibermedien!

von dd.

Quellen:

www.anti-spiegel.ru/2019/schuesse-in-venezuela-mindestens-ein-toter-die-lage-am-samstagmorgen/

<https://amerika21.de/2019/02/222784/venezuela-humanitaere-intervention>

<https://deutsch.rt.com/amerika/84791-maidan-20-an-grenzen-zu/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Venezuela - www.kla.tv/Venezuela

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.